

Constanze Farda, Mag., Dissertantin und Projektmitarbeiterin, Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Abteilung Medienökonomie und empirische Kommunikationsforschung, Universität Salzburg. Dissertation zum Thema „Wettbewerbspolitik und Medienkonzentration in Österreich im europäischen Kontext mit besonderer Berücksichtigung medienrechtlicher Aspekte“.

Marie Luise Kiefer, Dr., Honorarprofessorin, Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft, Universität Wien, Arbeits- und Publikationsschwerpunkte: Medienökonomie, Medienkonzentration, Rundfunkpolitik, Mediennutzungsforschung.

Hans J. Kleinsteuber, Dr., Universitätsprofessor, Institut für Politische Wissenschaft und Institut für Journalistik, Universität Hamburg. Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages 'Zukunft der Medien'. Arbeitsgebiete: Deutsche, europäische und international vergleichende Medienpolitik.

Manfred Knoche, Dr., Universitätsprofessor, Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Abteilung Medienökonomie und empirische Kommunikationsforschung, Universität Salzburg. Arbeits- und Publikationsschwerpunkte: Medienökonomie, Medienkonzentration, Medienpolitik, Politische Kommunikation, Medieninhaltsanalyse und Medienwirkungsforschung.

Marcel Rosenbach, freier Medienjournalist. Studium der Politischen Wissenschaft und Journalistik. Studentischer Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft, Universität Hamburg. Diplomarbeit zum Themenfeld „Regulierung, Deregulierung und Re-Regulierung der US-Kommunikationslandschaft“.

Gabriele Siegert, Dr., Universitätsassistentin, Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Abteilung Medienökonomie und empirische Kommunikationsforschung, Universität Salzburg. Arbeits- und Publikationsschwerpunkte: Empirische Medien- und Publikumsforschung, Medienökonomie und systemtheoretische Analysen.

Karin Wessely, Dr., Rechtsanwaltsanwältin, Wien. Publikationen im Bereich des Wirtschafts-, Medienkartell- und Telekommunikationsrechts.

Probleme der Konzentration in der Wirtschaft zählen zu den Grundproblemen privat- und marktwirtschaftlich organisierter Wirtschaftssysteme, da reale Konzentrationsprozesse grundsätzliche Zweifel an der Eignung der zentralen »Systemelemente« Privatwirtschaft, Markt und Wettbewerb aufkommen lassen. Mit zunehmender Konzentration stoßen deshalb marktwirtschaftliche Systeme an ihre Legitimationsgrenzen. Dies gilt in besonderem Maße für die offensichtlich zunehmende Konzentration im Medienbereich, da hier nicht nur wirtschaftspolitische, sondern vor allem auch medien- und gesellschaftspolitische Legitimationsgrenzen berührt werden. Sowohl die Medienunternehmen als auch die Medienpolitiker sind unter einem erhöhten Legitimationsdruck geraten, seit weltweit die Privatisierung ehemals öffentlich-rechtlich organisierter Medienbereiche als geeignetes wirtschaftliches Steuerungsmittel zur Sicherung von Medienfreiheit und publizistischer Vielfalt propagiert und realisiert wird.

Angesichts der durch die Privatisierung des Rundfunkbereichs verursachten verstärkten Medienkonzentration ergeben sich neue Herausforderungen für die Medien- und Kommunikationsforschung. Entsprechend den unübersehbaren realen Konzentrations Tendenzen ist innerhalb der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft eine Weiterentwicklung der traditionellen Pressekonzentrationsforschung hin zu einer umfassenderen Medienkonzentrationsforschung zu beobachten. Hierbei steht das Zusammenspiel von Medienökonomie, Medienpolitik und Medienrecht im Mittelpunkt des Interesses. Wissenschaftliche Forschung ist hier unter anderem mit dem Phänomen konfrontiert, daß von seiten der Medienunternehmen und

der Medienpolitik Medienkonzentration im Widerspruch zu den geltenden Normen von Wettbewerb und Medienvielfalt zunehmend positiv legitimiert wird. Staatliche Medienpolitik konzentriert sich dabei als Medienwirtschaftspolitik auf Konzentrationsförderungs politik statt auf Konzentrationskontrolle.

Die aktuelle medienökonomische und medienpolitische Entwicklung in Österreich, die durch zunehmende Pressekonzentration sowie durch den Start der gesetzlichen Deregulierung und Privatisierung von Hörfunk und Fernsehen gekennzeichnet ist¹⁾, war ein bedeutsamer Anlaß, nach einem Zeitraum von fünf Jahren erneut ein Themenheft des Medien-Journals zu »Medienkonzentration und Medienpolitik« herauszugeben. Anlaß für das von Hans Heinz Fabris betreute Heft 2/1992 »Österreichs Medien – Zwischen Konzentration und Vielfalt« ist ein Experten-Hearing gewesen, zu dem die Herausgeberin des Medien-Journals, die Österreichische Gesellschaft für Kommunikationsfragen, am 13. März 1992 nach Wien eingeladen hatte. Anknüpfungspunkt war damals das »Medienjahr 1992«.

Im Gegensatz zu der damaligen begründeten Begrenzung der Thematik auf Österreich wird diesmal die Entwicklung in Deutschland und auf EU-Ebene mit einbezogen, um die konzentrationsfördernden Folgen der Privatisierung des Rundfunkbereichs für die Medienkonzentration und die Konzentrationskontrolle empirisch nachweisen zu können. Auf dieser Basis können relativ gesicherte Prognosen für die weitere Entwicklung der Medienkonzentration in Österreich abgegeben werden.

Marie Luise Kiefer geht der Frage nach, welche Motive es für die Privatisierung wirtschaftlicher Bereiche generell gibt und wem die Privatisierung letztendlich nützt. Dazu erläutert sie die ordnungspolitischen Vorstellungen und zeigt einen deutlichen Paradigmenwechsel hin zu einer allumfassenden Privatisierung bislang staatlicher oder öffentlich-rechtlicher Bereiche auf. In diesem Zusammenhang wird die der privatwirtschaftlich organisierten Medienproduktion inhärente Konzentrationsdynamik deutlich. Nach der von Kiefer gezogenen Bilanz schlagen die Kosten der Rundfunkprivatisierung sowohl auf der gesellschaftlichen als auch auf der monetären Seite mehr zu Buche als der Nutzen.

Manfred Knoche und Karin Wessely thematisieren die medienökonomischen, medienpolitischen und medienrechtlichen Dimensionen der Medienkonzentration in Österreich. Manfred Knoche verortet Österreich in einem mehrphasigen, international gleich verlaufendem Konzentrationsprozeß. Dabei sieht er die aktuelle österreichische Situation gekennzeichnet durch den Übergang von pressediagonaler Konzentration hin zu mediendiagonaler und vertikaler Konzentration mit der Bildung von Multimedienkonzernen. Er prognostiziert aufgrund der aktuellen medienökonomischen und -politischen Entwicklung (Verabschiedung Regionalradiogesetz, Kabel- und Satellitengesetz) ungeachtet gewisser Protestpotentiale (Die Grünen, Liberales Forum, Gewerkschaft, Initiative Volksbegehren »SOS Medienfreiheit«) eine rasante Anpassung Österreichs an das weltweite Konzentrationsniveau.

Karin Wessely analysiert die medienspezifischen Sonderbestimmungen des österreichischen Kartellgesetzes von 1993. Dabei werden die Zusammenschlußkontrolle und die Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Medienunternehmen einerseits in Beziehung gesetzt zu wirtschaftlicher Macht und andererseits zu publizistischer Macht. Sie diskutiert darüber hin-

¹⁾ Am 20. März 1997 wurden vom österreichischen Nationalrat zwei »Privatisierungsgesetze« verabschiedet, die zum 1. Mai 1997 in Kraft getreten sind: das Regionalradiogesetz sowie das Kabel- und Satellitenrundfunk-Gesetz. Die Lizenzvergabe für private Radio- und Fernsehsender soll zum 1. 9. 1997 erfolgen, private Kabelsender können ohne Lizenz senden.

aus die Voraussetzungen für mögliche Entflechtungsmaßnahmen und macht zehn Vorschläge zur Stärkung der Medienkonzentrationskontrolle.

Gabriele Siegert und das Autorenteam Hans J. Kleinsteuber und Marcel Rosenbach beziehen sich in ihren Beiträgen auf die Situation der Medienkonzentrationskontrolle in Deutschland. Gabriele Siegert stellt die Neuerungen des zum 1. Januar 1997 in Kraft getretenen Rundfunkstaatsvertrages zur Konzentrationskontrolle im deutschen Fernsehmarkt vor. Anhand der Geschichte dieses Rundfunkstaatsvertrages, praktischer Berechnungsbeispiele und Analysen zeigt sie, daß die bereits bestehenden Medienkonzerne von diesen Regelungen profitieren, da sie ihnen noch mehr Konzentrations-Spielräume eröffnen als sie bisher schon hatten.

Hans J. Kleinsteuber und Marcel Rosenbach diskutieren anhand der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages 'Zukunft der Medien' die politische Handhabung der Themen Medienentwicklung und Medienkonzentration. Über die Darstellung der Positionen der verschiedenen Parteien zeigen sie beispielhaft das Procedere wissenschaftlicher Politikberatung auf und geben Einblick in die thematisch-inhaltlichen und die politisch-taktischen Komponenten der Enquete-Arbeit sowie über deren scheinbare »Nutzlosigkeit«.

Constanze Farda schließlich behandelt die europäische Dimension der Medienkonzentration. Dabei thematisiert sie neben der langwierigen, aber wenig ergebnisorientierten Behandlung dieses Themas in der Europäischen Union vor allem die Diskussionen zum Grünbuch zur Medienkonzentration. Nicht zuletzt mit der Darstellung der bislang erarbeiteten Vorschläge für eine Antikonzentrationrichtlinie wird deutlich, wie stark die Widerstände gegen eine effektive Konzentrationskontrolle auf europäischer Ebene sind.

Mit ihrer umfangreichen Auswahlbibliographie zum Thema Medienkonzentration für die Jahre 1995 bis 1997 zeigt Constanze Farda abschließend, daß Probleme der Medienkonzentration eine überdurchschnittliche wissenschaftliche Aufmerksamkeit finden. Offensichtlich stimulieren vehemente Konzentrationsaktivitäten der Medienunternehmen und stützende Konzentrationsförderungsaktivitäten staatlicher Medienpolitik auch wissenschaftliche Forschungs- und Publikationsaktivitäten. Dies gilt auch für dieses Themenheft, das Ergebnis der Arbeit der Heftverantwortlichen im Rahmen der 1995 neu gegründeten Abteilung »Medienökonomie und empirische Kommunikationsforschung« am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg ist.

Diese Forschungsaktivitäten sollten jedoch nicht zu übertriebenen Hoffnungen Anlaß geben, die »Konzentrationspraktiker« in Medienwirtschaft und Medienpolitik ließen sich davon besonders beeindrucken, geschweige denn die von diesen vorangetriebene weitere Medienkonzentration ließe sich von Erkenntnissen einer konzentrationskritischen Kommunikationswissenschaft aufhalten. Illusionslos muß man feststellen, daß stattdessen unter den gegebenen wirtschaftlichen und politischen Interessen- und Machtverhältnissen mit einer verstärkten Nachfrage nach wissenschaftlichem Beistand in Form von geeigneten Legitimations-Theorien für die Medienkonzentrationspraxis zu rechnen ist.

Manfred Knoche / Gabriele Siegert